

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: In Anzeigen für geschäftliche Zwecke und ...

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 mal ...

Die obererschlesische Politik Englands.

Deutliche Sprache des amtlichen England.

Wie Reuters an maßgebender Stelle erzählt, ist der Vorschlag der Eröffnung einer neutralen Zone zwischen Polen und ...

Die Stellung der englischen Regierung.

Im Unterhause fragte Oberst Wedgwood, ob irgendwelche Vorbereitungen für eine Konferenz, die über das Schicksal ...

Ein englischer Bericht aus Kattowitz.

Die „Times“ meldet aus Kattowitz: Es sei zweifellos, zu erwarten, daß das Einschließen britischer und französischer Truppen ...

Die Beschießung von Ratibor.

Wie der italienische Kreisinspektor von Ratibor, Major Inzora, mitteilt, hat Oberleutnant Miglio, der Kommandeur der italienischen Truppen Ratibors, den Insurgenten durch ...

Der Internationale Gewerkschaftsbund und Oberschlesien.

Der „Morningpost“ wird aus Amsterdam gemeldet, daß die Kommission des internationalen Gewerkschaftsverbands ...

Hoefer rückt nicht vor!

Endgültiges Versprechen an Henneser.

Der Berliner Vertreter des Reuters-Bureaus erfährt, daß General Hoefer dem britischen Beichshaber in Oberschlesien, General Henneser, das endgültige Versprechen gegeben habe, daß er nicht vordringen werde.

Polnische Ortswehren als bleibende Einrichtung?

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet: Ein scharfes Licht auf die Politik des Generals Le Rond wirft eine von ihm unterzeichnete Verordnung, die anscheinend bisher noch nicht ausgeführt wird, die aber zweifellos für den Fall des Einrückens der alliierten Truppen in das Industriegebiet zur Anwendung kommen soll.

Die Verordnung Le Ronds bedeutet also, daß die Insurgenten ihre bewaffneten Verbände im größten Teile Oberschlesiens nur mit dem Namen „Ortswehr“ versehen müssen, um auch nach dem Einrückens der alliierten Truppen ihre Tätigkeit ausüben zu können.

Sozialistischer Nachwahlerfolg in England.

Bei der Erziehung zum Parlament in Heywood in der Grafschaft Lancaster siegte der Kandidat der Arbeiterpartei ...

Die österreichischen Christlichsozialen verzichten auf die Anschlußabstimmungen.

Die Christlich soziale Partei Österreichs beschäftigte sich am Donnerstag auf dem Parteitag auch mit der Anschlußfrage, durch die das Kabinett Mayr grundtätig zum Rücktritt gezwungen wurde.

Der Fraktionsführer der bayerischen U.S.P. ermordet.

(Eigener Drahtbericht unseres Münchener Büros.) In einer Freidenker-Versammlung sprach gestern Abend der Abgeordnete Gareis über Verhinderung der Säule.

Der Lippe-Debmolder Traum zu Ende.

Das volksparteiliche Mitglied der Lippe-Debmolder Regierungsopposition, die aus Volkspartei, Demokraten und Sozialdemokraten besteht, ist von seinem Amte zurückgetreten.

Reichswirtschaftsrat und neue Steuern.

In Ergänzung unserer gestrigen Meldung schreibt uns unser Berliner Mitarbeiter:

Der Reichskanzler Dr. Wirth hat am Mittwoch im vorläufigen Reichswirtschaftsrat eine Rede gehalten, in der er in dieser Körperschaft dazu aufforderte, an den Aufgaben mitzuarbeiten, die durch die Annahme des Londoner Ultimatums dem deutschen Reich gestellt sind.

Der Reichskanzler zählte sodann diese Maßnahmen auf. Zunächst kam er auf die Frage des neuen Index zu sprechen, nachdem die veränderliche Summe der deutschen Zahlungen bestimmt werden soll.

Da eine Lösung des überaus schwierigen Problems so rasch wie möglich zu wünschen ist, muß man auch wünschen, daß der Reichswirtschaftsrat sein Sachverständigenrat auf diesem Gebiet so rasch wie möglich durch einen brauchbaren praktischen Vorschlag beweist.

Mindestens ebenso dringend, wenn nicht noch dringender, ist die Beschaffung neuer Mittel zur Erfüllung der an uns gestellten ungeheuren Forderungen.

Der Reichskanzler sprach dann schonend von „neuen Problemen“, die „im Zusammenhang mit der Kohle auf tauchen“ werden.

Es ist kein Geheimnis mehr, daß auch eine ausgiebige Erhöhung der Kohlensteuer geplant wird, wobei der Hausbrand milder davonkommen soll als die Industriekohle.

Als ob er ein heißes Eisen anfachte, so behutsam kam dann der Reichskanzler auf die Frage der sogenannten Goldwerte zu sprechen.

Er richtete dabei an die Versammlung die Mahnung, sie möge nicht gleich rote Köpfe bekommen. Wir nehmen an, daß diese Mahnung ausschließlich an die Arbeitgeberseite gerichtet war, denn auf der Seite der Arbeitnehmer ist man nicht nur geneigt die Frage einer schärferen Besteuerung der Goldwerte mit kühlem Verstande zu beurteilen, sondern man steht

dieser Art von Steuer von vornherein nicht ohne Sympathie gegenüber. Auf Seiten der Arbeitnehmer war man wohl eher in Gefahr, einen roten Kopf zu bekommen, als von der Erhöhung der Zuckersteuer die Rede war.

Das tatsächliche Verhalten des Reichstanzlers war indes durchaus verständlich. Er weiß, daß die Arbeiter politisch aufgeklärt genug sind, um für die Erhaltung des Reiches und die Verbesserung seiner Lage jedes auch nur einigermaßen erträgliches Opfer zu bringen. Von der gleichen Opferbereitschaft der Besitzenden scheint der Reichstanzler aber nicht in demselben Maße überzeugt zu sein. Daraus erklärt sich der Appell, den er an die Arbeitgeberseite des vorläufigen Reichswirtschaftsrats gerichtet hat.

Es ist durchaus verständlich, daß die Regierung auf die Mitarbeit dieses Teils des vorläufigen Reichswirtschaftsrats nicht von vornherein verzichten will. Wir nehmen aber an, daß sie sich auch durchaus der Gefahren bewußt ist, die ihrer Politik von dieser Seite her drohen. Schon wiederholt hat sich der Reichswirtschaftsrat bei Beratung von Finanzvorlagen, die den bestehenden Klassen lästig sind, als ein Reichsverschleppungsrat erwiesen. Hoffentlich wird man sich zur rechten Zeit dessen erinnern, daß der Reichswirtschaftsrat in seiner jetzigen Zusammenlegung nur ein vorläufiger ist, und daß sich auch dem noch zu bildenden endgültigen nur das Recht der Begutachtung, nicht der Beschlussfassung zusteht. Das Recht der Beschlussfassung liegt beim Reichstag und beim Reichsrat. Hier werden ohnehin soziale Schwierigkeiten zu überwinden sein, daß es höchst ungewöhnlich wäre, sich noch neue zu schaffen, die vermeidbar sind. Der Reichswirtschaftsrat mag die Probe ablegen, ob er eine große Bedeutung bekommen soll oder nicht, aber er muß das rasch tun!

Der preussische Justizetat.

Der Etat, dessen Beratung im Hauptauschuss des Landtages am Mittwoch begann, weist enorme Steigerungen der Einnahmen und Ausgaben auf. Die dauernden Ausgaben sind um 911 Millionen Mark gegen das Vorjahr auf 1,15 Milliarden Mark gestiegen, die ordentlichen Einnahmen um 416 Millionen Mark auf 537 Millionen Mark. Der erforderliche Gesamtaufschlag hat sich um 415 Millionen Mark auf 674 Millionen Mark erhöht. Die Einnahme aus Vermögenswerten ist mit nur 3 Millionen Mark angelegt, was im Hinblick auf die enorm gestiegene Zahl der Gefangenen einen äußerst unbefriedigenden Zustand bedeutet.

Der Justizminister nahm im Hauptauschuss Veranlassung, sich zu einer Reihe von Fragen zu äußern. Der Zustand des Justizsystems ist in den letzten Jahren nicht so abnehmend geworden, wie man früher behauptet hat. Die Zulassung der Frauen zur richterlichen Laufbahn wurde von der Reichsregierung genehmigt, er selbst sei damit einverstanden und könne sagen, daß die Frauen bei den juristischen Examen vorzüglich abschnitten. Nach den Mitteilungen des Ministers steht der Ausblick auf die Lösung der Frage des Strafvollzugs vor Beendigung der ersten Sitzung seiner Beratungen. Die Uebertragung des Strafvollzugs an eine besondere Behörde ist in Aussicht genommen.

Zur Frage der Schöffen und Geschworenen teilte am Mittwoch mit, daß die gemählten sieben Mitglieder der Ausschüsse zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen nach den Grundgesetzen der Verhältnismäßigkeit gewählt werden. Außer den Reisefloßen ist eine allgemeine Vergütung in Aussicht genommen worden. Die bedingte Vergütung soll auch für die letzten 6 Monate auf längere Strafen Anwendung finden.

In einer großen Rede stellte Genosse Heilmann den reaktionären Charakter unserer heutigen Justiz in das rechte Licht. Kein namhafter Kassenbrecher sei verurteilt, aber aus dem mitteldeutschen Büchlein sind bereits 2000 Beteiligte zur Verantwortung gezogen worden. Ein Arbeiter aus Raumburg sei zum Beispiel verurteilt worden, weil er behauptete, daß ein Dombrebiger der Verfasser eines lügenhaften deutschnationalen Flugblattes war. Der deutschnationalen Pöbeler und Abgeordnete Koch nannte die Regierung, die Sozialdemokratie als Verbrecher und dieser Verbrecherregierung sei kein Beamter Gehorsam schuldig. Aber nicht dieser Verbrecher wurde bestraft, sondern ein Sozialdemokrat, der sich gegen den Pöbeler wandte, selbst aber nach Aussagen deutschnationaler Zeugen für Ruhe und Ordnung eingetreten ist. Heilmann forderte, daß mit den außerordentlichen Gerichten aufgeräumt wird, da es unerträglich sei, daß heute noch solche Gerichte dem Reichswirtschaftsrat unterstehen. Manche Richter fühlten sich noch als Referendare, sonst könnten sie Offiziere nicht so standlos milde verurteilen, wie das vielfach geschah. Der Redakteur eines unserer Parteiblätter sei zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil er von schlemmenden Offizieren in der Schlacht schrieb, die nur auf Verlängerung des Krieges wirkten.

Hungerland.

Von Georg Berner.

14] (Nachdruck verboten.)

Der Hirscheider warf Lachse und Kompag ob und legte sich ins Gras. Die anderen machten es ebenso und genoßen mit möglichem Entzücken tief Atem holend. Wohl eine halbe Stunde blieben sie liegen, bis der Vorzug zum Aufbruch machte. Der eine Arbeiter sollte mit zum Büro gehen, Karl mußte wieder in die Erde, denn erst in drei Stunden war für die Bergarbeiter die Zeit um.

Danach trat Karl in die Hütte. Die Augen schwebten durch das goldene Sonnenlicht, harrten blinde ins Dunkel. Schwarz lag es vor ihm und die Lampe war nicht imstande, die nächste Umgebung auch nur halbwegs zu erhellen. Die Luft zumachen, tappte er einige Schritte hinab und legte sich. Nach einigen Minuten hatte sich das Auge an die Dunkelheit gewöhnt und mehr und mehr konnte es die Gegenstände erkennen. Mit der Lampe hin und her leuchtend betrachtete er die Stufen und das Geröll, das den Pfad neben dem Tritts ausfüllte. Auf einmal wurde er aufmerksam. Der Lampenkeim fiel auf einen glänzenden Körper. Genau hinschauend erkannte er eine Pfeife, deren Metallkopf im Sonnenlicht glänzte. Ganz getrunken er sich nicht, die Lachse loszumachen, da seine Finger vor Schwärze harrten. Dann borg er den Fund notwendig in der Tasche seines Grabentmittels und überlegte, was er machen sollte. Sein Pfeifgefühl regte.

Des Abends nach der Ausfahrt überlag er dem Steiger die Lachse, die aus den darin enthaltenen wertvollen Papieren sah, daß sie einem Bergbau-Gesellschaft gehörte, der sich in Bad Salzbrunn zur Kur befand. Steiger müßte brachte die Lachse an nächsten Tage selbst zu dem Herrn hin und erzählte, wo und wie er gefunden habe. Er sollte dabei den Finger und zeigte im Laufe des Gesprächs, wie das sich zu geschändet Stoff fand, da der Herr ja auch Bergmann war, näheres über Karls Familienverhältnisse. Zum Schluß erhielt er einen Hundertmarktschein als Belohnung für den gefundenen Finger, der sich an demselben Sonntag nach dem Bergbau-Gesellschaft wurde. Der Herr empfing Karl das Geld. Karz ging mit der Lachse, die mit dem Betrage seines Lohnes an-

1500 angebotene Sengen wären von dem Gericht in diesem Prozeß abgelehnt worden.

Wir erleben jetzt wieder Justizhausurteile gegen Gewerkschaftler, wie sie seit dem Lütker Urteil nicht mehr vorgekommen seien. In Elberfeld sind zwei Strafanklagsbeamte, Sozialdemokraten, plötzlich entlassen worden, ohne daß man ihnen bis heute gesagt hat, was gegen sie vorliegt. Ein ganz rationärer Beamter, Herr von Staff, der in einem Jubiläumskreis Wilhelm II. den ersten Juristen Deutschlands nannte, wurde zum Präsidenten des Kammergerichts ernannt. Eine andere Auswahl der Schöffen und Geschworenen sei notwendig, ebenso der Staatsanwälte und Landgerichtsbeamten. Die Stellen von Staatsanwälten und Justizbeamten müßten mehr mit zuverlässigen Republikanern besetzt werden. Dem Nachwuchs müsse mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Warum soll man nicht erfahrene Arbeiterjuristen in zweijährigen Kursen zum Messertragen vorbereiten?

Der deutschnationalen Dr. Beerberg wandte sich in scharfer Weise gegen Heilmann, nahm volle Unparteilichkeit für die Richter in Anspruch und wandte sich selbstverständlich gegen die Zulassung der Frauen zum Richteramt. Selbstverständlich leistete ihm der Volksparteiler Stempel eifrige Beihilfe.

Beerberg behauptete die Freiheit, zu behaupten, daß der Freispruch im Eisener Wasserturnprozess das Entzücken der Mehrheit der Bevölkerung erregt habe.

Nach weiteren Ausführungen eines Zentrumsmannes und eines Kommunisten wurde die Generaldebatte auf Donnerstag vertagt.

Der Donnerstag brachte zunächst eine umfangreiche Rede des Genossen Kuttner. Da unsere Partei nicht mehr in der Regierung vertreten ist, kann sie natürlich nicht darauf verzichten, bei Beratungen des Etats gründliche und sachliche Kritik zu üben, selbst auf die Gefahr hin, daß die Beratung nicht so rasch vorwärts geht, wie die Regierungsparteien das wünschen. Genosse Kuttner unterließ Heilmanns Ausführungen über die Klassenjustiz. Mindestens jeder zweite politische Prozeß ende mit einem Landesurteil. Der Eid wird noch immer „im Namen des Königs“ juristisch, den Eid ohne die religiöse Formel abzunehmen, wird noch vielfach abgelehnt. Ein Neulandener Richter soll einem Schöffen sogar Kostentragung angedroht haben, weil er die religiöse Eidformel ablehnte. Das an ungewohnter Beschimpfung der Richter usw. geleistet wurde, läßt keinen Staatsanwalt oder würden solche Verbrecher verurteilt, dann gingen sie mit geradezu lächerlichen Strafen aus.

Der Demokrat Dr. Schreier stimmte dem sozialdemokratischen Vorschlag, Arbeiterjuristen juristisch vorzubilden, zu und erkannte auch das Studium der Rechtsmännlichkeit für die Frauen an. Unter Genosse Dr. Rosenfeld beleuchtete dann an charakteristischen Beispielen die ungläubliche Rechtsprechung auf dem Lande. Aus Kleinigkeiten bei Streits wurden nach seinen Ausführungen vielfach Landfriedensprozesse gemacht. Der Unabhängige Dr. Cohe verwies auf die unzulässige Nebenbeschäftigung von Richtern, die diese in nicht zu wünschender Verbindung mit der Industrie bringt, und verlangt Verbesserung der Richtergerichte. Bezüglich der Ausnahmegerichts verwies Dr. Cohe darauf, daß sich unter den diesen Gerichten Beurteilten mindestens Hunderte befinden, die man nicht mit Verbrechern verwechseln darf. Aus diesem Grunde forderte er die Anwendung anderer Methoden bei der Strafvollstreckung, als sie bei Justizhäusern üblich ist.

Auch dieser Antrag wurde, von den Rechtsparteien auf das schärfste bekämpft, schließlich angenommen. So haben unsere Parteigenossen es verstanden, durch jenen Kampf die Vorlage etwas sozialer zu gestalten. Wenn nicht mehr erreicht wurde, so lag es an den gegebenen Rechtsverhältnissen und daran, daß ein Minister, der innerlich Anhänger der freien Wirtschaft ist, an der Spitze eines Ministeriums steht, das der Not der Zeit entsprechend die Zwangsverwirklichung anstrebt erhalten muß.

Kaunistys Rücktritt

aus dem Reichswirtschaftsrat.

Der „Kölnischer Zeitung“ hat der sozialdemokratische Theoretiker Karl Kaunisty, der seinerzeit vom Reichstabinett in den Reichswirtschaftsrat berufen worden war, sein Mandat niedergelegt. Karl „Kölnischer Zeitung“ wurde an seiner Stelle in der jetzigen Sitzung des Reichstabinetts der Chefredakteur der „Freiheit“, Hülferding, zum Mitglied des Reichswirtschaftsrates ernannt.

Der Unfall des Ernährungsministers.

Während der Beratung des Reichstages ist im Ausschuss für Volkswirtschaft der Kampf um die Getreidebewirtschaftung geführt worden. Die Bedeutung des Brotes in der Ernährung unseres Volkes wurde immer wieder von unseren Parteigenossen betont. Ganz allgemein war die Erkenntnis, daß die freie Wirtschaft eine Annäherung des Preisniveaus an den Weltmarktpreis bedeuten würde und man befürchtete durch die einseitige Verteuerung des Brotes eine harte Beanspruchung der konsumierenden breiten Volksschichten. Auch der Ernährungsminister verzichtete sich diesen Erwägungen nicht, theoretisch bekämpfte er aus diesen und anderen Gründen die freie Wirtschaft. Die Einführung der freien Wirtschaft wurde dann auch gegen die Stimmen der Demokraten, Deutschnationalen und Deutschen Volksparteier abgelehnt. Aber

wie klein ist die Getreidemenge, die noch durch das Umlageverfahren aufgebracht werden soll. Ursprünglich forderte der Ernährungsminister, daß 3,5 Millionen Tonnen Getreide durch das Umlageverfahren ersetzt werden sollten und er ging damit schon um 1 Million unter die von der Reichsgetreidebehörde als notwendig bezeichnete Menge. Im Reichsrat wurde dann diese Menge um eine halbe Million Tonnen verringert. Von den drei Millionen Tonnen, die nun noch übrig blieben, sind im Ausschuss für Volkswirtschaft nochmals eine halbe Million Tonnen gestrichen worden; es bleiben aber noch 2,5 Millionen Tonnen Getreide, die durch das Umlageverfahren beschafft werden sollen. Diese Menge umfaßt aber auch noch kein reines Brotgetreide, da von den Landwirten Hafer oder Gerste abgeliefert werden kann. Was bedeutet die restliche Menge bei einem Gesamtbedarf von rund 5,5 Millionen Tonnen Brotgetreide für die Versorgungsberechtigten? Es fehlen mindestens 3 Millionen Tonnen, die im freien Handel beschafft werden müssen. Die Ausgaben hierfür werden sich sehr schnell dem Weltmarktpreis nähern, es ist also mit der gefährlichsten starken Brotpreiserhöhung zu rechnen. Auf den Preis wird die durch das Umlageverfahren ersetzte Menge keinen Einfluß ausüben. Da die Justizwirtschaft des Reiches abgebaut werden soll, wird also die konsumierende Bevölkerung allein die Erhöhung zu tragen haben.

Über eine andere Frage taucht auf. Wenn die durch das neue Verfahren ersetzte Menge so gering ist, ist es dann zweckmäßig, die großen Kosten der Zwangsverwirklichung für diese Menge weiterhin aufzuwenden? Der Ernährungsminister gab bekannt, daß die Geschäftsabteilung der Reichsgetreidebehörde 83 Millionen Mark, die Verwaltungsteilung 5 Millionen Mark erfordert habe, dazu noch die Kosten der Gemeinden. Können wir 2,5 Millionen Tonnen Brotgetreide mit einer derartigen oder auch nur annähernd hohen Ausgabe beschaffen? Ist es da nicht zweckmäßiger, die freie Wirtschaft restlos einzuführen und damit auch den für die Aufhebung der Zwangsverwirklichung verantwortlichen Kreisen die Verantwortung für die Preisbildung zu überlassen? Das ist die Frage, die unsere Genossen jetzt zu lösen haben.

Bei der ersten Lesung des Getreidegesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide war die Menge des zu ersetzenden Getreides auf 2,5 Millionen Tonnen herabgesetzt worden. Nicht zuletzt konnte dies geschehen, weil der Ernährungsminister Hermes selbst ein Anhänger der freien Wirtschaft ohne jede innere Wärme den Getreidegesetz vertrat. In der an die erste Lesung unmittelbar anschließenden zweiten Lesung beantragten unsere Parteigenossen die Menge wieder auf 3 Millionen Tonnen zu erhöhen und ihre überzeugenden Gründe brachten auch eine (14:13) Mehrheit für diesen Antrag zustande. Also werden jetzt 3 Millionen Tonnen durch das Umlageverfahren aufgebracht. Allerdings kann statt des Brotgetreides auch Gerste und Hafer geliefert werden, nachdem ein Antrag unseres Genossen Kändler, der nur reines Brotgetreide ersetzen wollte, durch Stimmengleichheit zu Fall kam. Am schmerzhaftesten berührt es unsere Agrarier, daß die Landwirte für die rechtzeitige Erfüllung mit dem gesamten Vermögen haften sollen. Durch die bürgerlichen Parteien wurde der Zusatz „mit dem gesamten Vermögen“ gestrichen. Die Fassung bleibt sonst wie bei den Gemeinden und Ländern bestehen. Die Vertreter der verbrauchenden, breiteren Volksschichten stellen den gemeinsamen Antrag, daß bei der zu erwartenden starken Brotpreiserhöhung die ärmeren Schichten durch gesetzliche Vorkehrungen geschützt werden müßten. Ferner sollten die durch Annäherung des Getreidepreises an den Weltmarktpreis erzielten Gewinne der Allgemeinheit sicher gestellt werden.

Syndikalist.

Der Hilar Runge, der bekanntlich wegen Beteiligung an dem Mord von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, später aber aus Gesundheitsrücksichten wieder auf freien Fuß gesetzt wurde, erschien am Mittwoch vormittag im Gewerkschaftshaus der Metallarbeiter, um sich in die Liste der Arbeitstunenden einzutragen. Er wurde von mehreren anwesenden Arbeitern erkannt und im Handumdrehen umringt. Runge konnte sich keinen Angehörigen nur durch die schleunige Flucht entziehen. Auf der Straße ergriff ihn die Menge und schlug solange auf ihn ein, bis er zu Boden fiel. Trotz der vielen Wunden, die der Verfolgte inzwischen erhalten hatte, raffte er sich auf und schlüpfte in einen nahegelegenen Laden, um Schutz zu suchen. Der Ladenbesitzer mußte die Jalousien herablassen, um sich selbst und den Schutzsuchenden vor der Menschenmenge zu sichern. Er benachrichtigte dann telephonisch die Schutzpolizei, die Runge in einem Auto nach der Volksgewache brachte. Zur eigenen Sicherheit ist Runge in Schutzhaft genommen worden.

Runge ist am Donnerstag nach eingehender Vernehmung durch das Berliner Volkspolizeidirektorat wieder auf freier Fuß gesetzt worden.

Die Urabstimmung der Berliner Buchdrucker.

ergab nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit, die zur Durchführung des Streiks seltensgemäß notwendig war. Nur die Hilfsarbeiter erreichten die notwendige Mehrheit, an der Zweidrittelmehrheit der Buchdrucker fehlten 1004 Stimmen. Am Mittwoch nachmittag beschäftigte sich eine Versammlung mit dem Abstimmungsergebnis. Die Auseinandersetzungen waren äußerst hitzig. Trotzdem aber gelangte ein Beschluß zur Annahme, der von der Durchführung des Streiks absieht und den Vorstand beauftragt, umgehend zentrale Verhandlungen zwecks Regelung der Lohnangelegenheiten für das ganze Reich einzuleiten.

Während der Beratung des Reichstages ist im Ausschuss für Volkswirtschaft der Kampf um die Getreidebewirtschaftung geführt worden. Die Bedeutung des Brotes in der Ernährung unseres Volkes wurde immer wieder von unseren Parteigenossen betont. Ganz allgemein war die Erkenntnis, daß die freie Wirtschaft eine Annäherung des Preisniveaus an den Weltmarktpreis bedeuten würde und man befürchtete durch die einseitige Verteuerung des Brotes eine harte Beanspruchung der konsumierenden breiten Volksschichten. Auch der Ernährungsminister verzichtete sich diesen Erwägungen nicht, theoretisch bekämpfte er aus diesen und anderen Gründen die freie Wirtschaft. Die Einführung der freien Wirtschaft wurde dann auch gegen die Stimmen der Demokraten, Deutschnationalen und Deutschen Volksparteier abgelehnt. Aber

Das Abhängigkeitsverhältnis „Karl“ wurde von Karl ganz anders erwidert als der erste Satz. Auf dem Heimwege aber freute sich Karl so sehr, daß ihm die Leute nachsehen. Jetzt konnte ihm ja nichts mehr passieren, wenn er eines solchen hohen Herrn im Hinterhof hätte. In dem erregte er natürlich alle Einzelheiten des Besuchs. Am meisten aber wurde er beneidet, weil er ein Glas Wein bekommen. Wie dieser Schmeichelei, mußte niemand von der ganzen Familie. Aber alle waren der Ansicht, es müßte ein Traum sein, der an Wohlgekommen nicht irgendwelchen habe. Karl aber sagte nichts dabei. Er konnte sich wirklich nicht erinnern, etwas besonderes dabei gefunden zu haben.

Selbst waren einige Monate ins Land gegangen. Karl hatte während dieser Zeit fast alle Arbeiten kennen gelernt, die von den Schleppten verrichtet werden. Da lagte ihm Steiger schließlich eines Tages: In der nächsten Zeit wird sich Sie in eine Kameradschaft von Kameraden machen, die einen Bergbau betreiben. Wenn Sie sich gut führen, will ich Sie dann zum Schöfener befördern.

Die Kameradschaft, in die Karl kam, sollte außer ihm vier Mann. Der Älteste hatte den Spitznamen der „Königliche Bittner“, behauptete am ganzen Tage, wie ein König, daß er, da er nicht arbeiten, im selben Stufen des Gebirges auch wie ein König war. Er war in der Zeit herangezogen, hatte unter Garibaldi bei Regente und Colletta mitgemacht und hatte später als deutscher Soldat die Feldzüge von 1864, 1866 und 1870/71 mitgemacht. Da er sehr erzieht und auch gut erzogen wurde, ließen ihn die Kameraden gern zu. Der Beginn der Arbeit, wenn Bergbau gehalten wurde und sehr und sehr Mann zusammen lag, war er in seinem Element. Bei solchen

Gelegenheiten begann er dann aufzuschneiden, daß manchmal vier bis fünf Mann zu gleicher Zeit aufsprangen, um einen Nagel in einen Stempel zu klopfen. Das heißt auf bergmännisch, die Lügen waren so die aufgetragen, daß man sie festhalten konnte. Am besten erzählte er von der Jagd. Schon mehrere Male hatte er mit dem Gefährnis Bekanntschaft gemacht, weil er das Wildbienen nicht sein lassen konnte. So manches Mal kam er hundemüde zur Schicht und Karl hörte es dann aus den Anspielungen der anderen, daß er „wieder a bisserla nach dem tuta Geala gesucht“ hätte.

Von den drei anderen war noch einer ein Original. Aber im hohen Sinne. Blödsinn hieß er. Die Arbeiter aber nannten ihn hinter seinem Rücken den „Kettenhund“. Ranzig und bliffig, ungeschicklich und ungehobelt war er, daß sogar die schiefen Bergleute, deren Umgangston, was Fluchen und Schimpfen anbelangt, in deutschen Kreise auf der Höhe stehen, ihn als schrecklich empfanden.

Diese beiden Arbeiter, Wittner und Blödsinn, hatte Karl schon während seiner Schlepptenzeit kennen gelernt. Waren sie doch in der ganzen Abteilung als Originale bekannt und als solche auch ihm aufgefallen. Sie anderen beiden Kameraden kannte er wohl vom Sehen. Der eine davon war ihm als ein ganz stiller, tüchtiger Mann erschienen, der sehr wenig lagte. Mit diesem, Bergmann hieß er, sollte er unmittelbar zusammen arbeiten.

Karl hatte sich an all seinen früheren Arbeitsstellen die größte Mühe gegeben, seine Arbeit zu leisten und mit den Kameraden gut auszukommen. Es war ihm auch im großen Ganzen gelungen. Aber er hatte doch das Gefühl, daß sich seine Kameraden etwas zurückhaltend ihm gegenüber zeigten. Es war nichts Verleidendes darin, aber er fühlte es, daß sie ihn als nicht zu ihnen gehörig rechneten. Im Grunde genommen war er auch nicht böse darüber. Er wollte ja Steiger werden und da die anderen das wußten, hielten sie sich eben zurück, wie er es auch für richtig hielt. In der neuen Kameradschaft zeigte sich die Abhängigkeit der anderen viel deutlicher. Trotzdem Karl sich sagte, daß er als junger Mensch von 19 Jahren von den vielen Jahren älteren Bauern nicht als gleichberechtigt behandelt werden würde, glaubte er doch zu erkennen, daß hier noch andere Gründe mitwirkten.

(Fortsetzung folgt.)

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 10. Juni.

Sozialdemokratischer Verein.

Barzeigegenossen!

In Fabriken, Werkstätten, Geschäften und Büros arbeitet unermüdetlich an der

Vertrauensleute!

Ausbreitung der Volkswacht.

Nur diejenigen, die tagtäglich durch die "Volkswacht" informiert werden, sind gefestigt gegen das Gift der kapitalistischen Stimmungs-Presse, sind zuverlässige Mitkämpfer für die Freiheit des Volkes. Deshalb bemüht jede Pause in der Arbeit, jede Versammlung, um der

Volkswacht

neue Leser zuzuführen.

Weißt den zehntausenden Klassengenossen auch den Weg in die politische Organisation, der

Sozialdemokratischen Partei,

zu jeder angehören muß.

Erhöhung der Gaspreise!

Juchbare Wohnungsnot!

Reformen in der Wohlfahrtspflege und im Schulwesen,

das sind nur einige Rufe an die Stadtverwaltung aus dem großen Aufgabekreis einer Großstadt, deshalb auch das immer mehr steigende Interesse für kommunalpolitisch. Das alles wird bei der Behandlung des Haushaltsplanes der Stadt Breslau in den

Distrikts-Versammlungen,

am Montag, den 13. Juni,

besprochen werden müssen. Deshalb wird recht zahlreicher Besuch erwartet.

Local- und Redner in morgiger Nummer.

Wichtig! Distrikt 18, Oberbezirk. Sonntag, den 12. Juni, früh 8 Uhr, findet die Fortsetzung der "Volkswacht"-Agitation vom Distriktslokal Michalski-Str. 3 aus statt. Sämtliche Funktionäre, auch die Bezirkskassierer und die Genossen, werden dringend ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Wichtig! Betrifft Frauenversammlungen. Die besten Einladungszettel zu den Versammlungen am 20. Juni können Sonntags von 12-2 Uhr oder Montag von 8 Uhr morgens an im Parteisekretariat abgeholt werden.

Stadtverordnetenversammlung.

Die umfangreiche Tagesordnung wurde, ohne daß wesentliche Auseinandersetzungen die Verhandlung in die Länge zogen, fast ganz aufgearbeitet.

Zum Etat

sprach der Stadtv. Dr. Herzogel (Ztr.). Auch er knüpfte, wie der Rämmerer, zunächst an einige von diesem unerwähnt gelassene Streits an, und kam auf den jetzigen Waldenburger Bergarbeiterstreik zu sprechen, der seine schweren Schatten auf das Breslauer Wirtschaftsleben werfe. Auch ein teilweiser Verlust Ober-Schlesiens, dessen er in ernster Stunde gedachte, würde eine katastrophale Lage in den städtischen Finanzen hervorrufen. Er hoffe, daß die neu zu schaffende Städteordnung im Steinchen Beste gelöst werde. Die Politisierung der Verwaltung nahm er als notwendiges Übel mit in Kauf.

Vor allem betonte er, die Stadt müsse sich der Jugend annehmen, die unsere einzige Zukunft sei, und von der Pastor Studermann ein so erhellendes Bild entworfen. An der Verminderung der Jugend seien die Großen mitschuldig. Der Etat sei nicht so ganz hoffnungslos. Die hohen Summen sind in der Entwertung der Mark zu sehen und dem Mammontismus, der seit der Revolution zusehends gewachsen. Der Wohnungsbau müsse auf dem Wege der Verbilligung gefördert werden. Ein Mittelstandsbezirk sei notwendig. Um die produktive Erwerbslosenfürsorge zu heben, solle man an den Bau der Bimmelbahnen nach Jodden und dem Culengebirge herangehen. Gas- und Wasserpreis habe eine so hohe Spannung erreicht, daß die meisten Familien im Jahr mehr an Gas, wie an Miete zahlen. Und doch werde am Gas die Woche eine halbe Million zugekehrt. Die Autosteuer werde hoffentlich gute Resultate zeitigen. Das Stadttheater müsse möglichst lange erhalten werden, denn es sei noch das einzige Kulturbollwerk im Osten. Eine bessere Ausnutzung der Arbeitskräfte müsse stattfinden und die Zentralisierung der Verwaltung möglichst bald erfolgen. Seine Reaktion werde in so kritischen Zeiten sich weder auf Kommunalisierungs- noch Sozialisierungsbestrebungen einlassen.

Stadtv. Dr. Landsberg stellt die gegen die Krankenhäuser vom Stadtv. Dr. Hande (Dem.) in seiner Etatsrede erhobenen Vorwürfe richtig.

Stadtv. Dr. Sufajowski (Dem.) spricht zunächst von der Unproduktivität des Haushaltsplanes.

Für ihn ist die Hauptfrage zur Lösung aller Schwierigkeiten die Personalfrage. Wie alle Angelegenheiten, sei leider mit einer Erhöhung des Gaspreises zu rechnen. Er kommt weiter auf die Gehälter der städtischen Angestellten zu sprechen und erklärt, daß seine Fraktion die Höhe der Gehälter nie geklärt habe. Dann muß der Achtstundentag herhalten, dem er kein langes Leben prophezeit. Der Abbau der Eöhne und Gehälter müsse langsam erfolgen, besonders bei den heute noch niedrigen Entlohnungen. Auch der ehrenamtlichen Arbeit sprach er das Wort, da die Stadt nur so am Geld spare. Mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft werde auch ein Beamtenbezug verschwinden. Die Stadtverordnungsstelle koste noch 10 1/2 Millionen Mark. (Zuruf: Die Landwirte sollen nur absteuern), die ja nunmehr ausgegeben seien. Zum Schluß erklärte er, daß sich seine Fraktion gegen alle Kommunalisierungs- und Sozialisierungspläne wenden werde.

Dann sprach Stadtv. Dr. Lische (Dem.) gegen die zwar richtigen aber irreführenden Anlagen, die sein Fraktionsgenosse gegen das

Personal der städtischen Krankenhäuser erhoben. Die Vorwürfe, daß das Personal lübbes gegen die Kranken sei, seien schon alt. Schuld, daß nicht immer erstklassiges Personal, besonders im Allerheiligen-Hospital, angestellt sei, seien die schlechten Wohnräume. Pflicht des Anstandes und der Dankbarkeit sei es aber anzuerkennen, daß ein gutes, zum Teil erstklassiges Personal vorhanden sei. Er sei zu alt und zu hoch Anerkennung zu verlangen, es täte ihm aber leid, daß keinen jüngeren ärztlichen Mitarbeitern keinerlei Anerkennung zu teil werde. Die Höhe des Personals sei durch die neue Arbeitszeit bedingt.

Stadtv. Herzog (Soz.) wandte sich besonders gegen den Teil der Ausführungen des Stadtv. Sufajowski, die die Erwidernung aus dem Osten behandelten und erkannte, daß eine Einschränkung schon früher erfolgt sei, über die auch keine deutliche, vollständige Namensänderung mit der Stadtkasse swoll hinwegzuführen.

Zum Schluß wandte sich der Staatsrechner Stadtv. Datz (Soz.) gegen die Leugnungen des Demokraten Hande, daß die Stadt eine Versorgungsanstalt für Angestellte und Arbeiter sei. Er betonte, daß er mit den Deutschnationalen über die Kriegsschuld aber ebenjowenig einig werden könne, wie mit dem Zentrum über die Schulfrage. Die Sozialdemokratie wolle in der weltlichen Schule die Kinder zu tüchtigen Menschen im Diesseits erziehen und nicht zu lästigen Himmelstindern.

Eine längere Aussprache erforderte die sozialdemokratische Anfrage an den Magistrat:

Warum ruht der Straßenbahnverkehr?

Der Oberbürgermeister Dr. Wagner erklärte, daß das Elektrizitätswerk nur zur Verfeuerung guter Kohle eingerichtet, die bisher verfeuerte ober-schlesische Kohle aber seit 5 Wochen ausgedient sei. Es seien nun alle Hebel in Bewegung gesetzt worden, um den Ersatz zu beschaffen, und man sei auch daran gegangen, einen Umbau der Feuerungsanlagen in Erwägung zu ziehen, die aber 3 bis 4 Monate in Anspruch nehmen werde. Der jetzige Stillstand der Straßenbahn sei auf die angelieferte schlechte Kohle zurückzuführen, die aus dem Ostauer Kister eingeführt sei. Die Kohle wurde in die Bunker geschüttet, hat aber, trotz ihres guten Aussehens, so wenig Heizwert, daß die Spannung im Laufe des Vormittags von 12 auf 4 Atmosphären zurückgegangen ist. So mußte der Straßenbahnverkehr stillgelegt und den großen Werken der Betriebsstrom gesperrt werden, um wenigstens die Beleuchtung sicher zu stellen. Bei dieser Gelegenheit kam er auf den Brand am Dienstagabend am Hauptwerk zu sprechen, der unter so eigenartigen Umständen erfolgt ist, daß die Kriminalpolizei beauftragt ist, alles daran zu setzen, die Entstehungsurache festzustellen. Am Tage vorher sei nämlich die Anlage von einem Ingenieur besichtigt worden, der für eine Firma eine neue feuerichere Methode empfahl. Am Tage später erfolgte der Brand.

Hast Du schon

1

Abonnennten

für die "Volkswacht" gewonnen?
Wenn nicht, so hole es sofort nach.
Jeder Leser stärkt die sozialistische Bewegung und schwächt die Reaktion!

Stadtschulrat Jilmer schilderte die Lage des Elektrizitätswerkes sehr schwarz. Die von einzelnen Stadtverordneten vorgeschlagenen Mittel seien erschöpft. Die Hausbrandstoffe seien fast verfeuert, und die Umgegend mit ihren Kohlenvorkäufen, besonders die Zunderfabriken, ausgeborgt. Er werde sich als letzte Rettung an die Eisenbahn wenden. In absehbarer Zeit sei keine Besserung zu erwarten und es stehe in Frage, ob Freitag die Straßenbahn verkehren könne. Der Betriebsstrom werde fahrgestellt.

Noch einmal sprach der Oberbürgermeister, um die Anschaffung des neuen Feuerungsapparates zu empfehlen, daß vor solcher Katastrophe schütze und sprach sich in aller Schärfe gegen die Behandlung der Stadt Breslau durch den Reichstohlenkommissar aus, der die Stadt zum Raufen von Schieberkohle zwinge, die das Gas verzeure.

Ein eigenartiges Bild entrollte Stadtv. Rasch (Soz.) bei der Beratung der Vorlage über die Güter Steine und Wüstendort. Der Richter, der ehemalige Kgl. Oberamtmann Geimied, hat die von der Stadt gepachteten Güter schon vor dem Kriege so vernachlässigt lassen, daß die Stadt sich gezwungen sieht, eine Zwangsverwaltung einzuführen. Interessant ist, in welchem Tone der Herr mit den Angestellten der Stadt verkehrte. Dann teilte aus einem Briefe Stadtv. Rasch einige Proben mit. Der ehemalige Kgl. Oberamtmann schreibt, daß er bei Verhandlungen immer Rücksicht auf den geringen Einkommensgrad einiger Deputationsmitglieder genommen habe und beschwerte sich über den gegen ihn angeschlagenen Ton, den man sich gegen Bureaubeamte nicht erlauben dürfe. Der Stadt droht er, daß nach Ablauf der Pacht er noch reichlich Gelegenheit nehmen werde, sich auf den Gerichten mit ihr auseinanderzusetzen, und verspricht ihr nach keinem Weggang ein jährliches Minus von 100 000 Mark. Ueber den Zustand seines Gutes seien die Berichte gefächelt, und in die Land- und Forstdeputation gehören keine laienhaften Ständer. Er verbietet sich als akademisch gebildeter Landwirt jede Kritik, gibt aber zu, daß die Bemängelungen zum Teil richtig seien. In allen Einzelheiten miderliche Angelegenheit wurde in den Ausschuss verweisen.

Wie zu erwarten war, wurde der Antrag Kötter (Soz.) um Einstellung einer weiteren Bankkontrollkommission von eiten des Zentrums und der Demokraten als nicht notwendig angesehen, ging aber, um die Angelegenheit zu prüfen, an die Ausschüsse II und V.

Schluß der Sitzung 8 Uhr.

Freie Mutterschaft oder Gebärzwang?

Dies, die Frauenwelt so hart angehende Frage, hatte am Donnerstagabend einige tausend Frauen aller Stände im Gewerkschaftshaus versammelt, wo unsere Parteisekretärin, Genossin Jilms, das Thema eingehend erörterte. Der brauende Beifall, den die Rednerin am Schluß ihrer von wahrer Begeisterung getragenen Ausführungen erzielte, war der beste Beweis dafür, wie sie alle den versammelten Frauen und Mädchen aus dem Herzen gesprochen hatte.

Durch den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag soll es der Frau möglich gemacht werden, zu bestimmen, ob sie einen Kinde das Leben geben will, oder nicht. War es bisher bei hoher Strafe verboten, eine Unterbrechung der

Schwangerschaft herbeizuführen, so soll nach dem vorliegenden Antrag ein Eingriff nicht strafbar sein, sofern er in den ersten drei Monaten von der Schwangeren selbst, oder einem approbierten Arzt vorgenommen wird. Dieser durchaus wohlbegründete und vorsichtig abgefaßte Antrag hat leider bei keiner anderen Partei eine Unterstützung gefunden. Und doch ist es ein Gebot der Menschlichkeit, daß dieser Antrag angenommen wird. Sind es doch fast ausschließlich wirtschaftliche Momente, die bei der Beschränkung der Kinderzahl den Ausschlag geben. Bestimmt ist es viel stiller, wenn Keime vernichtet werden, als wenn Kinder in Not und Entbehrung großgezogen werden müssen. In jeder gefunden Frau ist der Wille zur Mutterlichkeit vorhanden. Wir auch die Statistik beweist, wird die Unterbrechung einer Schwangerschaft fast immer nur von solchen Frauen vorgenommen, die bereits mehrere Kinder haben, wo also das Hemnis auf wirtschaftlichem Gebiete liegt. Obwohl solche Eingriffe noch strafbar sind, haben wir jährlich eine Million Abtreibungen zu verzeichnen. Dies ist ein Beweis, wie berechtigt der sozialdemokratische Antrag ist. Denn tatsächlich sind die bestehenden Strafparagrafen nur ein Sondergesetz gegen die Frauen und Mädchen der ärmeren Klassen. Die Frauen der höheren Stände haben genügend Mittel, auch finden sich gefällige Ärzte, die sie von der Schwangerschaft befreien. Die arme Frau ist dem Kupfischer ausgeliefert, und somit dem Strafgesetz verfallen. Unerhört roh und herlos aber ist es, wenn man uneheliche Mütter als "gefällig" bezeichnet. Für ein Unrecht, wofür man den Mann nicht verantwortlich macht, soll man auch die Frau nicht verantwortlich machen. Unter keinen Umständen aber darf darunter das uneheliche Kind leiden.

Dem bestehenden Gesetz sieht man es an, daß es nur zu von Männern gemacht wurde. Doch heute können die Frauen selbst ihren Willen geltend machen. Alle guten Vorschläge haben sich bisher schwer durchgesetzt. Die Sozialdemokratie jedoch hat die Notwendigkeit einer Aenderung der betreffenden Paragrafen erkannt und wird sie mit allem Nachdruck verfolgen. Die Frauen aber haben alle Ursache, sich die Parteien anzusehen, die für ihr Wohl eintreten. Der Antrag der Sozialdemokratie wird bei allen gerecht denkenden Frauen und Männern Unterstützung finden und nur von den Leuten bekämpft werden, die die Mitle der Frauen nicht kennen.

An diese Ausführungen schloß sich eine Aussprache, in der die Genossinnen Kluge und Pusch und die Genossen Professor Juchs und Dr. Brieger zu Worte kamen.

Nachdem noch eine Entschließung einstimmig angenommen worden war, die die Annahme des von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebrachten Gesetzesentwurfs auf Abänderung der Paragrafen 218 und 219 des Strafgesetzbuches fordert, schloß Genossin Birnst die imposante Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Unregelmäßigkeiten im Straßenbahnverkehr.

Das städtische Presseamt schreibt: Die schlechte Beschaffenheit der Brennstoffe, mit denen das städtische Elektrizitätswerk als Ersatz für die fehlende ober-schlesische und Waldenburger Kohle vorlieb nehmen muß, hatte zur Folge, daß die Straßenbahn am Donnerstag gegen 1 1/2 Uhr mittags ihren Betrieb einstellen mußte. Es sind sofort alle Vorkehrungen getroffen worden, um dem Uebelstande abzuwehren, doch wird es sich, solange die Kohlenkrise in der augenblicklich scharfen Form anhält, kaum vermeiden lassen, die Wagenfolge noch weiter einzuschränken. Aber selbst dann wird man vor Wiederholungen ähnlicher Vorkommnisse nicht sicher sein dürfen, sondern immer damit rechnen müssen, daß mehr oder weniger lang andauernde Störungen eintreten. Eine endgültige Besserung wird sich erst durch einen Umbau der Feuerungsrohre im Elektrizitätswerk erzielen lassen, der die Verbrennung aus minderwertigen Heizmaterialien ermöglichen wird. Die Vorarbeiten hierzu sind bereits im Gange.

Das „Außerordentliche Gericht“

Wird in Breslau am kommenden Montag seine Sitzungen eröffnen und zwar mit einer Strafsache wegen Aufreizung zum Klassenhaß, Aufreizung zum Ungehörig gegen die Gesele und Hochverrats. Die Anklage richtet sich gegen die Redakteure Kurt Heuertz und Ernst Bader von der „Schl. Arbeiter-Zeitung“, gegen den Geschäftsführer Kühle, den Eisenbahnboten Kriebel und den Kaufmann DamaLang. Die Straftaten sollen durch Artikel der „Schl. Arb.-Ztg.“ anlässlich der Aktionen in Mitteldeutschland geschehen sein.

Einige Tage später kommen vor demselben Gericht der Eisenbahnstraßenraub, sowie die Dynamit-Attentate in der Tauenkühnen- und Rifolai-Strasse zur Verhandlung. Zuletzt steht als größte Sache ein Prozeß wegen Bildung resp. Teilnahme an der „Roten Armee“ zur Verhandlung an. Den Vorsitz in diesen Strafsachen führt Landgerichtsdirektor Müller, Anklagevertreter ist Staatsanwalt Roggion, Verteidiger sämtlicher Angeklagter ist Rechtsanwalt Simon.

* Die nächste Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung ist Montag, den 13. Juni. Zur wesentlichen stehen Haushaltspläne zur Verhandlung.

* Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion tritt um 4 Uhr im Vorraum des Stadtverordnetensaal zusammen, um zu den auf der Tagesordnung stehenden Vorlagen Stellung zu nehmen. Das Erscheinen aller Mitglieder sowie Stadträte ist erforderlich.

* Der moderne Lotentanz. Die Luftbarkeitssteuer in Breslau, die im vorigen Jahre mit 2 Millionen Mark veranschlagt war, hat einen Ertrag von 6 Millionen Mark ergeben.

* Fühnenfest im Sasaparil. Sonntags findet das vom Chorpersonal des Schauspielhauses zugunsten seiner dritten Wohlfahrtskassen zu veranstaltende Sommerfest unter der Devise "Breslauer Lieblinge in guter Laune" statt. Sämtliche Solomitglieder des Schauspielhauses und die Herren Kuhl, Haber, Hennrichsen und Jun. vom Stadttheater, Fr. Kriebel und die Herren Frick, Halpern und Ehrlich haben ihre Mitwirkung zugesagt. Beginn 5 Uhr nachmittags.

* Dem Tage der Erriuzens gerettet. Zu dem am Dienstag durch einen Augenzeugen mitgeteilten Vorfall erhalten wir von anderer Seite eine Darstellung, aus der hervorgeht, daß der eigentliche Retter des Arbeiters Hellmann der Leitergehilfe Rodus Krosch von der Wallenhausstraße 14 war. Der Arbeiter Otto leitete nur die Wiederbelebungsoberfläche.

* Beim Schichtwechsel der Stadt Breslau gingen im Laufe des Monats April an Kollektivstreiktagen 34 neue Fälle ein, während weitere 48 Sachen als unerledigt aus dem Vormonate übernommen und 4 frühere Anträge wieder aufgenommen wurden. Von den neuen Anträgen wurden 4 auf Veranlassung von Arbeitgebern und 29 auf Veranlassung von Arbeitnehmern aufgenommen. Erledigt wurden 36 Sachen. Ueber Einzelheiten wurde während des gleichen Zeitraumes in 229 Fällen entschieden.

* Bürgermeister Karl Kriebel ist im Alter von 71 Jahren gestorben. Er war lange Jahre Obermeister der Breslauer Baderinnung und wurde von dieser, als er sein Amt niederlegte, zum Ehrenobermeister ernannt.

* Vermählt wird seit dem 2. Juni der 29 Jahre alte Gulek Rukil von der Sabowitzgasse. Der etwa 1,65 m große Mann hat blauen Haar, blauen Augen, trug graues Jackett, dunkelblaue und graue Hosen.

